



Großwaschtag

Ihre Bewohner nennen Kalkutta „Stadt der Freude“, auch wenn fast ein Drittel der rund fünf Millionen Einwohner in den Slums der ostindischen Wirtschaftsmetropole lebt. Wie überall blüht auch hier das Geschäft mit Secondhandware. Besonders Jeans gehen gut, hier werden sie im Viertel Sovabazar, zwischen Motorrädern und Abflussrohren, nach der Wäsche zum Trocknen aufgehängt.

Kommentar

Putins Stinkefinger

Warum Moskau die Unabhängigkeit des Baltikums infrage stellt

Altkanzler Gerhard Schröder, der ja ein großer Russland-Experte ist, hat im März gesagt: „Ich kenne niemanden, auch nicht in Russland, der so verrückt wäre, es auch nur in Erwägung zu ziehen, die territoriale Integrität Polens oder der baltischen Staaten infrage zu stellen.“ Drei Monate später darf man sich fragen, was Schröder wirklich von Russland weiß. Denn auf Antrag von Abgeordneten der Putin-Partei prüft die russische Generalstaatsanwaltschaft nun, ob es rechtmäßig war, dass die sowjetische Führung 1991 die Unabhängigkeit der baltischen Republiken anerkannte. Erwartet wird eine Antwort wie jüngst auf eine ähnliche Anfrage zur Krim: Da hatte die Staatsanwaltschaft gesagt, die Übergabe 1954 an die Ukraine sei verfassungswidrig gewesen – was die Annexion durch Putin im Nachhinein rechtfertigen sollte. Wie die Antwort zum Baltikum ausfallen wird, ist juristisch ziemlich klar:

Alle Teilrepubliken, die 1991 die Sowjetunion verließen, hielten sich nicht an die Verfassung – die machte einen solchen Austritt fast unmöglich. Aber was heißt das heute? Dass Moskau nach der Krim auch die Balten heimholen will? Wohl kaum. Der Antrag dürfte politische Rhetorik sein, ein russischer Stinkefinger gegenüber den Balten, ungefährlich ist er nicht: Er macht Moskau noch unberechenbarer, verunsichert selbst loyale Nachbarn wie Weißrussland oder Kasachstan, weil nun die gesamte Demontage der UdSSR infrage gestellt werden kann. Und was ist mit Finnland? Das hat bis zur Oktoberrevolution ebenfalls zu Russland gehört. Die Kreml-Abgeordneten wollen juristische Fenster öffnen, um danach längst geklärte Tatsachen gerichtlich anzufechten. Das ist ihr Weg, Russland wieder stark zu machen. Für den Westen klingt das verrückt, aber diese Geister hat Putin geweckt. Christian Neef

Österreich

„Unser Ziel ist es, das rote Wien umzufärben“

Heinz-Christian Strache, 46, Vorsitzender der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), über die Pläne der Rechtspopulisten

SPIEGEL: Die FPÖ liegt laut Umfragen inzwischen landesweit auf Platz eins. Die sozialistische Regierungspartei SPÖ sagt Ihnen rechtsradikales Gedankengut nach.

Strache: Die Genossen haben keine Inhalte mehr, deshalb greifen sie jetzt tief in den Schmutzkübel. Das ist reine Angstbeißerei.

SPIEGEL: Im Oktober sind Landtagswahlen in Wien – als Spitzenkandidat dürfen Sie mit bis zu 30 Prozent der Stimmen rechnen. Was wird Ihr Hauptthema sein?

Strache: Die Bundeshauptstadt steht unzähligen Pro-



blemen gegenüber: Zehn Milliarden Euro betragen die gesamten Schulden der Stadt Wien. Das FPÖ-Programm zur Arbeitsplatzschaffung sieht den Bau von jährlich 5000 Gemeindewohnungen vor und die Aufstockung

des Wohnbaubudgets um 100 Millionen Euro. Unser Ziel ist es, das rote Wien umzufärben.

SPIEGEL: Der Front National in Frankreich, die Wilders-Partei in den Niederlanden, dazu Italiens Lega Nord und die Wahren Finnen – Rechtspopulisten sind europaweit auf dem Vormarsch. Was haben sie mit der FPÖ gemeinsam?

Strache: Es gibt mit diesen Parteien große Gemeinsamkeiten, so etwa die Ablehnung des Brüsseler Zentralismus, die Befürwortung der nationalstaatlichen Souveränität oder die Kritik an der völlig unreflektierten Massenzuwanderung nach Europa. Wir alle sind patriotische Parteien. wma

Kuba

Ein Kronprinz namens Miguel

Passend zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Havanna bereitet Staatschef Raúl Castro, 84, langsam den Generationswechsel in der Regierung vor. Wichtige politische Aufgaben überlässt er schon jetzt immer häufiger dem Ersten Vizepräsidenten Miguel Díaz-Canel, 55. Der einstige Parteichef der Provinz Villa Clara gilt als aussichtsreichster Anwärter auf die Nachfolge des Staatsoberchefs. Díaz-Canel repräsentierte Kuba bereits beim Gipfel der Europäischen Union und Lateinamerika vor gut drei Wochen. In Havanna leitete er jüngst wichtige Gespräche mit einer Senatoren-delegation aus den USA. Möglicherweise wird Díaz-Canel auch den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier empfangen, der demnächst nach Kuba reisen will. Díaz-Canel hat eine klassische Parteikarriere hinter sich. Er leitete unter anderem die kommunistische Jugendorganisation und

wurde 2003 mit 43 Jahren jüngstes Politbüro-Mitglied. Außerdem gilt Díaz-Canel als erfolgreicher Parteima-

nager und unterstützt den Reformkurs Castros, der sein Amt spätestens 2018 abgeben will. jgl



Díaz-Canel



Fußnote

100 Milliarden

Dollar beträgt das Kapital der in dieser Woche in Peking gegründeten Asiatischen Infrastruktur-Investment-Bank. An dem Geldinstitut, das schon jetzt fast halb so groß ist wie die Weltbank, beteiligen sich unter der Führung Chinas 57 Länder, darunter auch westliche Industrienationen wie Deutschland.